

MONITOR

GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Schwedens Kurswechsel in der Asyl- und Integrationspolitik

Eine restriktivere Politik als Konsens der politischen Mitte

Annette Ranko, Richard Forsen, Antonia Sperling und Steven Bickel

- › Im Jahr 2015 hat Schweden, das sich aufgrund seiner liberalen Asyl- und multikulturellen Integrationspolitik selbst lange als „humanitäre Großmacht“ sah, einen Kurswechsel hin zu einer restriktiveren Politik eingeleitet. Dieser Wechsel erfolgte unter der damaligen rot-grünen Minderheitsregierung und mit breiter parteipolitischer Unterstützung über die verschiedenen politischen Lager hinweg.
- › Erfolgt war dieser Politikwechsel im direkten Kontext akuter administrativer Überforderung im Rahmen der Fluchtbewegungen von 2015. Er fand aber auch vor dem Hintergrund einer zunehmend polarisierten gesellschaftlichen Debatte rund um die Themen Integration und Zuwanderung statt. Diese kreist vor allem um zwei Themenfelder: überproportionale Arbeitslosigkeit und Kriminalität unter Personen mit Migrationsgeschichte.
- › Auf parteipolitischer Ebene fiel der Politikwechsel nicht nur mit der Erstarkung der rechtspopulistischen Schwedendemokraten zusammen, sondern auch mit einer Diskursverschiebung bei den großen Parteien der politischen Mitte. Lange hatte hier ein ausgenommen positiver Diskurs zu Integration und Zuwanderung die großzügige Asyl- und Integrationspolitik begleitet. Die einstigen Diskussionen um die Existenz oder Nicht-Existenz von Integrationsproblemen sind heute einer Situation gewichen, in der die Existenz solcher Probleme eher als vorausgesetzt betrachtet wird und nun vielmehr politisch um Lösungen gerungen wird.
- › Die jüngsten Debatten um die Ausschreitungen um Ostern 2022 lassen darauf schließen, dass der neue, restriktivere Kurs in der Asyl- und Integrationspolitik auch nach der Parlamentswahl im Herbst 2022 beibehalten wird – unabhängig vom Wahlausgang.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------------------------------|
| Einleitung | 2 |
| Schweden als „humanitäre Großmacht“ | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| Kurswechsel nach 2015 | 3 |
| Gründe für den Kurswechsel | 4 |
| Debatten um Arbeitslosigkeit und den Wohlfahrtsstaat | 4 |
| Debatten um Kriminalität und Segregationsprozesse | 5 |
| Ausblick und Schlussfolgerungen | 6 |
| Impressum | 10 |
| Die Autoren und Autorinnen | 10 |

Einleitung

Im Jahr 2015 hat Schweden, das sich aufgrund seiner liberalen Asyl- und multikulturellen Integrationspolitik selbst lange als „humanitäre Großmacht“ sah, einen Kurswechsel hin zu einer restriktiveren Politik eingeleitet. Dieser Wechsel erfolgte unter der damaligen rot-grünen Minderheitsregierung und mit breiter parteipolitischer Unterstützung über die verschiedenen politischen Lager hinweg. Die Debatten um die jüngsten Ausschreitungen von April 2022 in migrantisch geprägten Stadtvierteln legen nahe, dass Schweden seinen neuen Kurs beibehalten wird – unabhängig davon, wer nach der Parlamentswahl im Herbst 2022 das Land regieren wird. Wie der schwedische Politikwandel aussieht, wie es zu ihm kam und welche Lehren daraus auch für Deutschland gezogen werden können – das derzeit eine Neuausrichtung seiner eigenen Integrations- und Zuwanderungspolitik plant – ist Gegenstand der nachfolgenden Überlegungen.

Schweden als „humanitäre Großmacht“

2014 brachte der damalige schwedische Premierminister das Selbst- und (oftmals auch) das Fremdbild seines Landes auf den Punkt, als er Schweden aufgrund seiner großzügigen Asyl- und Integrationspolitik als „humanitäre Großmacht“¹ bezeichnete. In der Tat hatte das Land innerhalb der OECD Staaten – zu denen vergleichbare Daten vorliegen – in Relation zur Größe der Gesamtbevölkerung die mit Abstand größte Zahl an Flüchtlingen und anderen Schutzberechtigten in den Jahren 2005 bis 2014 aufgenommen.² 2015 erreichte der Zuzug von Schutzsuchenden nach Schweden dann einen weiteren Höhepunkt, als das Land 162.877 Menschen aufnahm, so viele wie nie zuvor in einem Jahr.³

Darüber hinaus verfolgte Schweden seit den 1970er Jahren eine ausgesprochen liberale Integrationspolitik, die den Konzepten des Multikulturalismus und damit der Logik folgte, Zugewanderten schnellen – und nicht an Integrationsanforderungen wie Spracherwerb oder Berufstätigkeit geknüpften – „Zugang zu gleichen Rechten, inklusive des unbeschränkten Zugangs zu Leistungen des Wohlfahrtsstaats“⁴ zu gewähren und kulturelle Vielfalt sowie deren Wertschätzung in der Bevölkerung zu fördern.⁵ Dieser Politikkurs stützte sich auf einen breiten politischen Konsens und wurde sowohl von den Mitte-links als auch den Mitte-rechts Parteien verfolgt.

Dementsprechend großzügig waren die Regelungen für Geflüchtete. Zumindest bis zum Jahr 2015/2016 galt folgendes – wobei in einigen Bereichen dann nach 2015 deutliche Einschnitte folgen sollten: Asylbewerber erhielten nach Stellen ihres Asylantrags unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt – unabhängig von ihrer Bleibeperspektive. Sie unterlagen keiner Residenzpflicht, die sie verpflichtete, in Erstaufnahmeeinrichtungen oder speziellen Wohnheimen unterzukommen. Stattdessen wurden sie in regulären Wohnungen, die von der Migrationsbehörde angemietet wurden, untergebracht. Es wurden Asylbewerbern ebenso keine – wie in anderen Ländern praktiziert – Sachleistungen, sondern Tagesgeld zur Verfügung gestellt. Wer als Flüchtling oder als anderweitig Schutzberechtigter anerkannt wurde, erhielt in der Regel direkt eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Hier ging Schweden weit über die EU Regularien hinaus, die lediglich befristete Aufenthaltstitel für ein bzw. drei Jahre vorsehen. Der Familiennachzug war äußerst großzügig geregelt. Nach Erhalt eines Schutzstatus nahmen die Schutzberechtigten darüber hinaus an einem zweijährigen und auf sie zugeschnittenen Integrationskurs teil, mit Sprach- und sozialen Orientierungskursen sowie arbeitsvorbereitenden Maßnahmen und/oder einem subventionierten Arbeitsplatz. Kommunales Wahlrecht wurde gewährt. Die Staatsbürgerschaft konnte schnell, bereits nach fünf Jahren (bei Flüchtlingen sogar nach vier Jahren) erlangt werden und ohne – wie in anderen Staaten – Sprachkenntnisse, Kenntnisse über die Gesellschaftsordnung oder politische Ordnung Schwedens oder Lebensunterhaltsbestreitung vorweisen oder die ursprüngliche Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen.⁶

Kurswechsel nach 2015

Im Herbst 2015 kündigte die damalige schwedische rot-grüne Minderheitsregierung jedoch signifikante Gesetzesänderungen an, die im Rahmen eines Übergangsgesetzes im Sommer 2016 in Kraft traten. Diese Änderungen stellten eine markante Abkehr vom bisherigen schwedischen Kurs dar. Getragen wurde dieser Kurswechsel – ebenso wie zuvor der liberale Kurs – von einem breiten Konsens zwischen den verschiedenen Parteien über die politischen Lager hinweg. 2021 wurden die restriktiveren Regelungen im Zuge eines Einwanderungsgesetzes verstetigt und teilweise verschärft.⁷

Heute erhalten Flüchtlinge und Schutzberechtigte in Schweden in der Regel nicht mehr direkt unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen. Sie erhalten zunächst nur befristete Aufenthaltsrechte für ein bzw. drei Jahre. Die Ausnahme sind Flüchtlinge, die im Rahmen von Resettlement-Programmen nach Schweden kommen. Der Familiennachzug ist nun insbesondere durch die Einengung des Kreises, der hierfür in Betracht gezogenen Personen, eingeschränkt und künftig soll nur derjenige nachziehen können, der sich selbst finanzieren kann. Damit ein unbefristetes Bleiberecht erlangt werden kann, müssen heute bestimmte Kriterien bzw. Integrationserfolge erfüllt werden: das Bestreiten des Lebensunterhalts bzw. ein geregeltes Einkommen durch Berufstätigkeit (gilt ab 18 Jahren) sowie ein bisheriges Bleiberecht in Schweden für mindestens drei Jahre. Darüber hinaus muss der Antragsteller ein „geordnetes Leben“ führen (dies gilt bereits ab 15 Jahren). Hierzu trifft die Schwedische Migrationsbehörde insbesondere eine Einschätzung darüber, ob der Antragsteller in Zukunft kriminell werden wird. Daher werden, bei Personen ab 15

Jahren, in der Vergangenheit begangene Straftaten zur Einschätzung betrachtet. Dies beinhaltet auch Straftaten, die außerhalb Schwedens begangen wurden. Ausdrücklich wird erwähnt, dass nicht nur schwere begangene Straftaten dem Erhalt eines dauerhaften Bleiberechts entgegenstehen können, sondern dass jeder Fall individuell betrachtet wird.⁸ In Zukunft sollen ebenso Sprachkenntnisse und landeskundliche Kenntnisse zu Schweden vorgewiesen werden, das Gesetz von 2021 schafft hierfür bereits eine Grundlage.⁹ Jeder Antragsteller muss die genannten Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht nun für sich individuell erfüllen, so dass keine dauerhaften Bleiberechte mehr alleine durch Familienzugehörigkeit erteilt werden. Staatsbürgerschaft können nur diejenigen erlangen, die bereits eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung besitzen und seit fünf Jahren ohne Unterbrechung in Schweden leben. Auch in Bezug auf Abschiebungen wurden die Regelungen nach 2016 verschärft, bspw. dahingehend, dass abgelehnte Asylbewerber, die nicht ausreisen, keine Geldleistungen und keine vom Staat gestellte Unterkunft mehr erhalten.¹⁰ Zusätzlich ist zu nennen, dass Gesetzesänderungen im Jahr 2018 nun auch in Schweden verpflichtende Bildungskurse für Schutzberechtigte mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen sowie Kürzungen von Sozialleistungen bei entsprechenden Verstößen einführten.¹¹

Es lässt sich festhalten, dass Schweden sich seit 2016 somit von seinem im europäischen und internationalen Vergleich sehr großzügigen Kurs abkehrt, in maßgeblichen Bereichen nun das vorgegebene Minimum der EU Asylrichtlinien umsetzt und zunehmend Integrationsleistungen von Schutzberechtigten einfordert. Diese Änderungen fielen mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen zusammen und gingen ab 2016 mit einer deutlichen Verringerung der Zahlen an neu zuwandernden Asylantragstellern einher. Wie jedoch kam es zu dieser Kursänderung?

Gründe für den Kurswechsel

Erfolgt war dieser Politikwechsel im direkten Kontext akuter administrativer Überforderung im Rahmen der Fluchtbewegungen von 2015, bei der es an vielen Stellen zur Überlastung der Behörden und bei der Aufnahme kam. Der Politikwechsel fand aber auch vor dem Hintergrund eines sich sukzessive wandelnden gesellschaftlichen Stimmungsbildes und Diskurses zu Integration und Zuwanderung statt. Diese kreisen vor allem um zwei Themenfelder: überproportionale Arbeitslosigkeit und Kriminalität unter Personen mit Migrationsgeschichte.

Debatten um Arbeitslosigkeit und den Wohlfahrtsstaat

Schweden als ausgeprägter Wohlfahrtsstaat ist traditionell durch eine außerordentlich hohe Beschäftigungsrate gekennzeichnet sowie auf eine solche angewiesen. Seit vielen Jahren jedoch weist das Land im OECD-Vergleich eine der niedrigsten Werte an Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten auf.¹² Laut Arbeitskräfteerhebung lag die Arbeitslosenquote der im Ausland geborenen Personen im Jahr 2021 bei 20 %, während die Quote bei im Inland Geborenen lediglich bei 4,6 % lag.¹³ Eine wichtige Rolle spielt in der schwedischen Debatte ebenso, dass die Arbeitslosigkeit unter Personen, die in Europa, Südamerika und Nordamerika geboren wurden, deutlich niedriger ist, als unter Personen, die in Afrika oder Asien geboren wurden, da das Bildungsniveau dort oftmals niedriger ist.¹⁴ Im Durchschnitt dauerte es acht Jahre, bis die Hälfte der Asylbewerber, die vor allem aus Asien oder Afrika zuwanderten, in den 2000er Jahren eine Arbeit fand.¹⁵ In Schweden hat dies zu einer Debatte um die Effekte von Fluchtzuwanderung aus nicht-europäischen Staaten auf den Erhalt des Wohlfahrtsstaats geführt, die mit allgemeinen Einschnitten in Wohlfahrtsleistungen zusammen fielen und dadurch verschärft wurden. Weiter unterfüttert werden solche Debatten unter anderem durch empirische Studien, die bpsw. nahe legen, dass Länder, die eine multikulturelle Integrationspolitik verfolgen, vor allem dann erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten aufweisen, wenn sie *keine* Wohlfahrts- oder Sozialstaaten mit ausgeprägten sozialen Sicherungssystemen sind, da sie mehr

Eigeninitiative von Zugewanderten für ein gutes Auskommen erfordern.¹⁶ Ähnliche Debatten wie in Schweden werden auch in anderen Wohlfahrtsstaaten, wie bspw. Dänemark, seit einigen Jahren geführt und durchaus im skandinavischen Raum auch über Ländergrenzen hinweg rezipiert.

Debatten um Kriminalität und Segregationsprozesse

Des Weiteren findet in den letzten Jahren eine zunehmende gesellschaftliche Diskussion zu den Themenkomplexen Segregation und Kriminalität statt. Die Debatte wird befeuert von aufsehenerregenden Einzelereignissen, aber auch systematischen Studien. Insbesondere tödliche Schießereien im Rahmen von Bandenkriminalität sowie das Auftreten neuer Gewaltformen, wie Bomben- und Sprengstoffanschläge auf Autos, Häuser und andere Ziele, haben eine polarisierte Debatte rund um Zuwanderung und Kriminalität befeuert.

Viel Aufmerksamkeit in der Bevölkerung erregten auch jüngere Studien des schwedischen staatlichen Nationalrats für Kriminalitätsprävention (Brå). Nach einer Studie hat sich die Anzahl der Morde mit Schusswaffen in Schweden zwischen 2010 und 2019 verdoppelt. Schweden ist vom europäischen Schlusslicht zum Land mit den zweitmeisten Schusswaffen-Morden in Europa geworden.¹⁷ Die Opfer sind mehrheitlich innerhalb migrantisch geprägter Bandenmilieus zu finden, die Gewalt trifft aber auch Unbeteiligte, wie bspw. ein 12-jähriges Mädchen, was 2021 viel mediale Beachtung fand. Eine weitere Studie des Brå zeigt, dass im Ausland geborene Personen zweieinhalbmal so häufig als Verdächtige in der Kriminalitätsstatistik auftauchen wie Schweden ohne Migrationshintergrund und Personen mit Migrationsgeschichte aus der zweiten Generation sogar dreimal so häufig.¹⁸

Ein großer Anteil der Kriminalität findet vor allem in sozial benachteiligten Gebieten der schwedischen Städte statt. Die schwedischen Behörden weisen heute 61 solcher Gebiete als „vulnerable Gebiete“, im Land aus. Als „besonders vulnerabel“ werden 19 Gebiete klassifiziert.¹⁹ Experte Henrik Tham spricht davon, dass hier oftmals der „Einstieg in kriminelle Milieus eher einer Sozialisierung als einer Rekrutierung gleicht.“²⁰ Damit kommt bei vielen Schweden die Sorge auf, dass sich „sozial abgehängte“ Personen in eigens definierten Gruppen und Werteordnungen zusammenfinden und sich von der Gesamtgesellschaft und öffentlichen Ordnung absetzen könnten. Auch Sorgen davor, dass dies langfristig die soziale Mobilität von Personen aus den genannten Stadtvierteln stark einschränken und Vorurteile und Diskriminierung gegenüber bestimmten Migrantengruppen signifikant verstärken könne, werden diskutiert.

Dass sich nicht nur die Debatte um Integration und Zuwanderung in den letzten Jahren polarisiert hat, sondern dass sich auch die Einstellung in der Gesellschaft zur schwedischen Migrationspolitik im Zeitraum um 2015 und 2016 verändert hat, legt eine Langzeitstudie der Universität Göteborg nahe. So unterstützten 2014 und 2015 noch weniger als die Hälfte der schwedischen Bevölkerung den Vorschlag, weniger Flüchtlinge in Schweden aufzunehmen (43 bzw. 40 Prozent). Seit 2016 hält jedoch eine konstante Mehrheit diesen Vorschlag für sehr bzw. eher gut (2020: 59 Prozent). Dies war über einen längeren Zeitraum zuletzt während der hohen Zuwanderungszahlen zu Beginn der 90er Jahre der Fall (Spitzenwert 1992: 65 Prozent).²¹

Ausblick und Schlussfolgerungen

Mit der zunehmend polarisierten gesellschaftlichen Debatte und dem sich wandelnden Stimmungsbild in der Bevölkerung rund um die Themen Zuwanderung und Integration gingen

drei politische Entwicklungen einher. Erstens avancierten die rechtspopulistischen Schwedendemokraten zur drittstärksten Partei.²² Zweitens leitete die damalige rot-grüne Minderheitsregierung 2015 einen Kurswechsel in der Asyl- und Integrationspolitik ein, der von einem breiten Parteienkonsens getragen wurde. Drittens, stellte sich dieser Konsens in den Folgejahren zwar als Minimalkonsens heraus (gewisse Unterschiede brachen zwischen den Parteien im Zuge der Vorbereitung des Einwanderungsgesetzes von 2021 auf),²³ dennoch hat sich aber der Diskurs in der politischen Mitte verschoben.²⁴ Lange hatte hier ein ausgenommen positiver Diskurs zu Integration und Zuwanderung die großzügige Asyl- und Integrationspolitik begleitet. Die einstigen Diskussionen um die Existenz oder Nicht-Existenz von Integrationsproblemen sind heute jedoch einer Situation gewichen, in der die Existenz solcher Probleme als vorausgesetzt betrachtet wird und nun vielmehr politisch um die richtigen Lösungen gerungen wird.

Unter schwedischen Migrationsforschern wird dieser Trend auf mindestens zweierlei Art und Weisen gedeutet: entweder als Beleg dafür, dass der Rechtspopulismus nun in der politischen Mitte Schwedens mit seinen Themen anschlussfähig geworden ist, oder als Beleg dafür, dass die Politik zu einem pragmatischeren und damit lösungsorientierteren Konsens gefunden habe.

Unabhängig von der Deutung dieses Trends, wird er jedoch aller Voraussicht nach auch nach den Parlamentswahlen im Herbst 2022 fortbestehen, unabhängig vom Wahlausgang. Darauf deuten auch die aktuellen Debatten rund um die Ausschreitungen in migrantischen Stadtvierteln an Ostern 2022 hin. In einer kalkulierten Provokation hatte ein Rechtsextremer Koranexemplare in öffentlichen – und genehmigten – Aktionen verbrannt und damit gewaltsame Ausschreitungen in vielen Städten ausgelöst, bei denen über 300 Polizisten verletzt wurden. Die Ausschreitungen wurden von Politikern aller Couleur als gegen den Staat und die öffentliche Ordnung gerichtete Gewalt verurteilt und weitgehend auch als symptomatisch für tieferliegende Probleme der Integration in Schweden gewertet. Debatten folgten erneut über den richtigen Umgang mit Segregationsprozessen, Arbeitslosigkeit und Kriminalität unter Zugewanderten und dürften auch im kommenden Wahlkampf eine wichtige Rolle spielen.

Derweil ergibt sich auch für Deutschland Erkenntnispotenzial. Ein Vergleich mit Schweden bietet sich methodisch besonders an, da beide Länder eine ähnliche Einwanderungsgeschichte und -struktur sowie ausgeprägte soziale Sicherungssysteme aufweisen. Eine genaue Untersuchung der Effekte Schwedens liberaler Asyl- und Integrationspolitik vor 2016 sowie der restriktiveren Politik seither auf Integrationserfolge kann wichtige Anhaltspunkte und Orientierungen für die zukünftige Ausgestaltung von Deutschlands Integrationspolitik bereithalten. Insbesondere in der jetzigen Legislaturperiode, für die die neue Bundesregierung eine Neuausrichtung der Integrations- und Zuwanderungspolitik angekündigt hat, ist dies relevant. Die klassischen Einwanderungsländer wie Kanada, USA oder Australien eignen sich methodisch für einen solchen Vergleich eher weniger, da sie eine andere Einwanderungsstruktur aufweisen und keine Sozialstaaten mit ausgeprägten sozialen Sicherungssystemen sind. Die aus dem Vergleich gewonnenen Kenntnisse für die Ausgestaltung konkreter Politik fruchtbar zu machen und dabei zu sachgemäßen Abwägungen zu kommen, wird umso besser gelingen, je weniger polarisiert die Debatte um Zuwanderung und Integration geführt wird und je mehr somit beidem, den mit Zuwanderung verbundenen Chancen sowie Risiken, in ausgewogener Art und Weise Rechnung getragen wird.

¹ Bernd Parusel (2015), *Flüchtlingspolitik in Schweden - Vom Klassenbesten zum Rüpel in der letzten Bank?*, Länderbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

² Vgl. OECD (2016), *Working Together: Skills and Labour Market Integration of Immigrants and their Children in Sweden*, OECD Publishing, Paris.

³ Vgl. Danielle Lee Tomson (2020), *The Rise of Sweden Democrats: Islam, Populism and the End of Swedish Exceptionalism*, Brookings. <https://www.brookings.edu/research/the-rise-of-sweden-democrats-and-the-end-of-swedish-exceptionalism/>

⁴ Ruud Koopmans (2010), „Der Zielkonflikt von Gleichheit und Diversität. Integration von Immigranten, Multikulturalismus und der Wohlfahrtsstaat im internationalen Vergleich,“ in S. Luft und P. Schimany (Hrsg.), *Integration von Zuwanderern - Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven*, Transkript Verlag, Bielefeld, p.55.

⁵ Ibid. Ebenso z.B.: Karin Borevi (2014), „Multiculturalism and welfare state integration: Swedish model path dependency“, in *Identities: Global Studies in Culture and Power*, Vol. 21: Nr. 6.

⁶ Siehe z.B. Bernd Parusel (2019), „Integrationspolitik in Schweden,“ in B. Göbel und T. Köhler (Hrsg.), *Integrationskontinent Europa - Integration und Zuwanderung im europäischen Vergleich*, Konrad-Adenauer-Stiftung.

⁷ Für das Übergangsgesetz stimmten 2016 die drei größten schwedischen Parteien Sozialdemokraten, Moderaten und Schwedendemokraten sowie die zu der Zeit mitregierenden Grünen. Das Gesetz von 2021 konnte hingegen nur mit knapper Mehrheit verabschiedet werden, mit Stimmen der Sozialdemokraten, der Grünen, der Zentrumsparterie und der Linken. Für die mitte-rechts Parteien der Moderaten und Christdemokraten sowie für die rechtspopulistischen Schwedendemokraten hingegen ist das Gesetz nicht restriktiv genug. SVT Nyheter (2021), *Riksdagen har klubbat igenom ny migrationslag* (The Riksdag has passed a new migration law). <https://www.svt.se/nyheter/inrikes/riksdagen-rostar-om-ny-migrationslag-i-dag>

⁸ Migrationsverket (Swedish Migration Agency) (2021): *Special requirements for permanent residence permits*. <https://www.migrationsverket.se/English/Private-individuals/Moving-to-someone-in-Sweden/Extending-a-permit/Special-requirements-for-permanent-residence-permits.html>

⁹ Euronews (2021): *New Swedish migration law makes permanent residency harder for refugees and visitors*. <https://www.euronews.com/2021/07/20/new-swedish-migration-law-makes-permanent-residency-harder-for-refugees-and-visitors> Siehe ebenso: Riksdagen (Swedish Parliament) (2021), *Språkrav för permanent uppehållstillstånd*. https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/skriftlig-fraga/sprakkrav-for-permanent-uppehallstillstand_H9111154. Für den Volltext des Gesetzes: https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/proposition/andrade-regler-i-utlanningslagen_H803191/html

¹⁰ Bernd Parusel, „Integrationspolitik in Schweden“, p. 62. Ebenso: Sveriges Kommuner och Regioner (Swedish Association of Local Authorities and Regions) (2021): *Frågor och svar, ekonomiskt bistånd till den som ska utvisas* (Questions and answers, financial assistance for persons to be deported). <https://skr.se/skr/integrationsocialomsorg/asylochflyktingmottagandeintegration/ansvarsfordelningregelverk/densomfaravslag/fragorochsvarekonomisktbistandtilldensomskautvisas.13071.html>

¹¹ Sveriges Kommuner och Regioner (Swedish Association of Local Authorities and Regions) (2022): *Etableringsinsatser* (Integration measures) <https://skr.se/skr/integrationsocialomsorg/asylochflyktingmottagandeintegration/etableringsinsatser/sfi.7075.html>

¹² OECD (2016), *Working Together: Skills and Labour Market Integration of Immigrants and their Children in Sweden*, OECD Publishing, Paris.

¹³ Statistics Sweden (2021): *Major differences in unemployment between foreign born people and people born in Sweden*. <https://www.scb.se/en/finding-statistics/statistics-by-subject-area/labour-market/labour-force-surveys/labour-force-surveys-lfs/pong/statistical-news/labour-force-surveys-lfs-1st-quarter-2021-corrected-2021-06-22/>

¹⁴ Simon Torstensson (2022), *Arbetslöshet – utrikes födda* (Unemployment – foreign-born), in Ekonomifakta. <https://www.ekonomifakta.se/fakta/arbetsmarknad/integration/arbetsloshet-utrikes-fodda/>

¹⁵ Ibid.

¹⁶ Z.B. Ruud Koopmans (2017), *Assimilation oder Multikulturalismus. Bedingungen gelungener Integration*. LIT Verlag: Münster.

¹⁷ Redaktionsnetzwerk Deutschland (2021), *Bandenkrieg statt Bullerbü: Ausgerechnet Schweden verzeichnet immer mehr Morde mit Schusswaffen*. <https://www.rnd.de/panorama/auf-schwedens-strassen-herrscht-bandenkrieg-V6MJBQOLKVHQFPHRG7SE6ZLSGM.html>

¹⁸ Es ist zu erwarten, dass eine Kontrolle der Effekte des sozi-ökonomischen Profils der Personen diese Werte senken würde. Brå (Swedish National Council for Crime Prevention) (2021), *Misstänkta för brott bland personer med inrikes respektive utrikes bakgrund* (Verdächtige von Straftaten unter Personen mit in- und ausländischem Hintergrund). <https://bra.se/publikationer/arkiv/publikationer/2021-08-25-misstankta-for-brott-bland-personer-med-inrikes-respektive-utrikes-bakgrund.html>

¹⁹ Polisen (Police), *Utsatta områden - polisens arbete* (Vulnerable areas – the work of police). <https://polisen.se/om-polisen/polisens-arbete/utsatta-omraden/>

²⁰ Henrik Tham (2019), *Bombentrend. In Schweden eskalieren die Bandenkriege. Die Regierung reagiert mit harter Hand*, IPG-Journal. <https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/bombentrend-3903/>

²¹ Marie Demker (2021), "Vilka var det som ändrade sig om flyktingpolitiken efter 2015?" (Who changed his mind After the refugee crisis 2015) in U. Andersson,, A. Carlander, M. Grusell & P. Öhberg (Hrsg.), *Ingen anledning till oro*, Göteborg: SOM-institutet, Göteborgs universitet, p. 318. <https://www.gu.se/sites/default/files/2021-06/317-332%20Marie%20Demker.pdf>

²² Für mehr Informationen zum Aufstieg der Schwedendemokraten siehe: Danielle Lee Tomson (2020), *The Rise of Sweden Democrats: Islam, Populism and the End of Swedish Exceptionalism*. <https://www.brookings.edu/research/the-rise-of-sweden-democrats-and-the-end-of-swedish-exceptionalism/>

²³ Zur Arbeit des Migrationskommittees, das das Gesetz mit Hilfe aller Parteien erarbeiten sollte, und zu den unterschiedlichen Positionen der Parteien siehe: The Local (2021), *Sweden's government passes controversial new migration law but how long will it last*. <https://www.thelocal.se/20210623/swedens-government-passes-controversial-new-migration-law-but-how-long-will-it-last/>

²⁴ Johan Hakelius (2015), *När det som var suspekt plötsligt blir sunt förnuft* (When what was suspicious suddenly becomes common sense), in Aftonbladet, 2015-10-26. <https://web.archive.org/web/20190802121129/http://www.aftonbladet.se/nyheter/kolumnister/a/8wxk62/nar-det-som-var-suspekt-plotsligt-blir-sunt-fornuft>

Impressum

Die Autoren und Autorinnen

Dr. Annette Ranko ist Referentin für Integration in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. **Richard Forsen** ist Projektkoordinator und Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Regionalprogramm Nordische Länder der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Stockholm, Schweden. **Antonia Sperling** ist Juristin und ehemalige Praktikantin des Regionalprogramms Nordische Länder der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Stockholm, Schweden. **Steven Bickel** ist Referent für Innere Sicherheit in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Annette Ranko

Annette.Ranko@kas.de

Richard Forsen

Richard.Forsen@kas.de

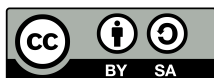
Antonia Sperling

Toni@sperlingweb.de

Steven Bickel

Steven.Bickel@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).